

Rekurs vor dem belgischen Staatsrat eingereicht:

Gemeinden Clemency und Garnich, Mouvement Ecologique und Lokalinitiativ Kéinzeg fordern Baustopp von IKEA

Am 4. November reichten die Gemeinden Clemency und Garnich, der Mouvement Ecologique und die «Lokalinitiativ Kéinzeg» sowie einige Privatpersonen Einspruch beim belgischen Staatsrat in Brüssel gegen die Genehmigung zum Errichten eines IKEA-Kaufhauses in Sterpenich an der belgisch/luxemburgischen Grenze ein.

Dieser Schritt erfolgte aus der Überzeugung heraus, dass - neben einer Vielzahl an gravierenden Formfehlern in der öffentlichen Prozedur - das geplante Projekt, grenzüberschreitend, erhebliche negative Auswirkungen für die EinwohnerInnen habe und jedweden Vorgaben einer nachhaltigen Landesplanung widersprechen würde.

Die Argumentation wird im konkreten durch zwei Expertisen von unabhängigen Studienbüros in Bezug auf die Verkehrsauswirkungen (Schroeder & Associés) sowie aus der Sicht der Landesplanung (Zeyen & Baumann) bestätigt.

- **Der Charakter einer ländlichen Region in Frage gestellt:** IKEA soll in einer traditionellen Kulturlandschaft, die geprägt ist von Feldern, Wiesen und Wäldern errichtet werden - die nächste größere Ortschaft (Arlon) befindet sich in etwa 8 km Entfernung! Durch den Bau von IKEA würde diese ländliche Region, die sich zudem durch eine große Biodiversität und ein sehr attraktives Landschaftsbild auszeichnet, gänzlich ihren Charakter verlieren. Die Gefahr einer progressiven „Sub-Urbanisierung“ mit weiteren kommerziellen Infrastrukturen und Tankstellen besteht.
- **Landesplanung und regionale Zusammenarbeit – zu Schlagwörtern reduziert:** IKEA an diesem Standort würde zudem sowohl den belgischen als auch den luxemburgischen Direktiven der Landesplanung in flagrantem Ausmass widersprechen. Beide verfügen nämlich – und hierauf basierte u.a. auch der „Conseil Wallon pour l’Environnement et le Développement durable“ seine negative Stellungnahme zum Projekt – dass neue Zonen nur in direkter Nähe von städtischen Strukturen und nicht mehr in freier Landschaft angesiedelt werden sollen! In einer europäischen Interreg-Studie wurde das Gebiet sogar als „ländliche Kulturlandschaft mit extensiver Naherholung“ ausgezeichnet. Sollen all jene politischen Leitlinien erneut mit Füßen getreten werden?
- **Schutzräume zwischen Ortschaften – eine lose Floskel?** Das Gebiet, in dem sich IKEA anzusiedeln gedenkt, ist eine sogenannte „zone verte interurbaine“. D.h. ein Gebiet, das frei von jeder Bebauung bleiben soll, um - grenzüberschreitend - somit ein Naherholungsgebiet zu bleiben. Die Verwirklichung des IKEA-Projektes stellt diesen Anspruch radikal in Frage.
- **IKEA: nur die Spitze vom Eisberg:** Gewußt ist zudem, dass IKEA lediglich die Funktion eines „Türöffners“ hat. Nach IKEA werden weitere Projekte hinzukommen, die entlang der belgisch - luxemburgischen Grenze auf –zig Hektaren eine neue Geschäfts- und Aktivitätszone nach sich bringen würden. Diese Suburbanisierung würde einen verheerenden Einfluss auf diese ländliche Region ausüben.

- **Das Gebiet um Küntzig – eine bemerkenswerte Natur- und Erholungslandschaft:** Wer einmal in der direkten Umgebung des geplanten Standortes spazieren geht, wird von didaktischen Lerntafeln begrüßt, die die Eigenarten der Region vorstellen; kann die viel befahrene Radpiste nutzen oder aber verschiedene Wanderwege begehen. Zahlreiche Spaziergänger, Jogger, Radfahrer nutzen den Erholungswert dieser Region, der wohl durch die Zerstörung des Landschaftsbildes, die Verlärmung aufgrund des Autoverkehrs ... massiv abnehmen würde.
- **Ortschaften vom Verkehr überrollt:** Die Analysen ergaben, dass die bisher doch ruhigen Ortschaften auf Luxemburger Seite zu einer regelrechten Transitstrecke umgewandelt würden. Gut die Hälfte der gesamten Ikea-Kundschaft wird nachweislich ihren Weg nach Sterpenich und zurück über das luxemburgische Straßennetz suchen. Jeder 5. davon wird über den CR110 Bascharage-Clemency-Grass nach Sterpenich fahren. Dies ergibt in der Gemeinde Küntzig einen Verkehrszuwachs von immerhin bis zu 110 Prozent! Zahlreiche IKEA-Besucher werden also nicht die Autobahn nutzen, sondern vom Süden des Landes aus durch die Luxemburger Ortschaften in Richtung Sterpenich schlängeln.
- **Gesetze und Prozeduren:** Gravierend ist aber auch, wie sehr sich im Laufe der Genehmigungsprozedur Formfehler angehäuft haben. Die erste von der Stadt Arlon mangelhaft organisierte „Enquête publique“ musste bereits wegen zahlreichen Fehlern annulliert werden. Aber auch die zweite „Enquête publique“ welche vom 2. März bis zum 1. April dieses Jahres stattfand, wies eindeutig gravierende Fehler auf. Stellvertretend sei hier nur daran erinnert, dass das offizielle Dossier, welches während der 2. „Enquête publique“ zur Ansicht auslag, erst am 23. März – also kurz vor Schluß der Prozedur – um ein 33 Seiten starkes Dokument ergänzt wurde.

Die Gemeinden Clemency und Garnich, der Mouvement Ecologique sowie die „Lokalinitiativ Kéinzeg“ treten demnach für den Erhalt des ländlichen Charakters der gesamten Region und für den Erhalt der Lebensqualität ihrer Einwohner ein.

Im Rekurs wird im übrigen im Detail dargelegt, dass aufgrund der durch das Projekt entstehenden schwerwiegenden und nicht mehr rückgängig zu machenden Nachteile („préjudices gravement réparables, voire irréparables“) der Bau des IKEA-Geschäftshauses gestoppt werden muss, bis über die angebrachten Einwände analysiert werden konnte.

Auch wenn die Bedenken der belgischen Möbelhändler nicht von der Hand zu weisen sind, die befürchten, dass die bestehenden Geschäfte massiv Kunden verlieren und Arbeitsplätze abbauen müssen, richtet der Rekurs sich nicht gegen IKEA an sich, sondern gegen die unannehmbare Standortwahl.

Hierbei geht es sicherlich um die Rechte von Gemeinden bzw. von Einwohnern, Lebensqualität zu erhalten und abzusichern. Es geht jedoch auch darum, wie in Zukunft die Landesplanung konkret aussehen soll, wie die Zusammenarbeit zwischen Nachbarländern und -regionen gestaltet werden kann, welchen Stellenwert Grünräume haben und wie eine Abwägung der Interessen eines einzelnen Konzerns gegenüber jenen einer ganzen Region im Sinne einer wahrhaftig nachhaltigen Entwicklung erfolgen muss.